

Die Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der im voraus zu entrichtende Preis beträgt 10 Pfennige. Monatlicher Preis 300 Pfennige frei Haus oder 270 Pfennige. Bezugsbedingungen sind stets an die Postämter für die gesamte Deutsche Reichs- und Ausland-Post zu erlangen. Die Anzeigen werden nach Katalog-Preisen berechnet; die Preise sind einschließlich Verlagsabgabe. Der Promontio 10 an. Einzelhefte 10 Pfennige. Druckerei: „Zeitung“ Druckerei, Halle a. S., Postfach 1000. Telefon: 465. Verlagsort: Halle a. S., Postfach 1000. Druckerei: „Zeitung“ Druckerei, Halle a. S., Postfach 1000.

Auf der Suche nach einer Regierung.

Ein unparlamentarisches Kabinett?

Staatsminister Dr. Albert mit der Kabinettsbildung beauftragt.
Berlin, 25. November. Der deutschnationalistische Abgeordnete von Kardorf, den der Reichspräsident Sonnabend nachmittag zu sich riefen hatte, um ihm die Verhandlungen über die Neubildung des Kabinetts zu übertragen, hat nach dem Abgang vom Reichspräsidenten Ebert abgelehnt. Er war von vornherein der Ansicht, daß für das neue Kabinett entweder die Mitarbeit der Deutschnationalen oder ihr Verzicht auf grundsätzliche Opposition notwendig sei. Die Verhandlungen, die er dann am Nachmittag mit den Führern der Fraktionen des Zentrums, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen sowie mit der eigenen Fraktion gehabt hat, fielen klar, daß ihm die

Bildung eines neuen Kabinetts nicht gelingen könnte, schon deswegen nicht, weil die Deutschnationalen die Teilnahme an einem Kabinett unter seiner Führung oder auch nur den Verzicht auf grundsätzliche Opposition ablehnten. Die Herren des Herrn von Kardorf, der ehemals zu ihnen gehörte, hat diese Absicht vorangetrieben. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei, deren Mitglied Herr von Kardorf ist, überließ seinen Zweifel daran gelassen, daß sie die große bürgerliche Koalition wünscht und daß sie die Kandidatur des Herrn von Kardorf nach der Stellungnahme der Deutschnationalen nicht weiter zu erörtern beabsichtigt. — Bemerkenswert ist, daß sich auch jetzt im Zentrum zwei Strömungen abzeichnen. Die „Germania“, sein offizieller Vertreter Dr. Franz, ist noch wie vor nur für eine parlamentarische Lösung der Krise, der „Deutsche“, das Organ Eberts, wendet sich dem Zentrum zu, glaubt das gegen, daß mit dem gegenwärtigen Reichstag keine brauchbare Regierung mehr zu schaffen ist.

Berlin, 26. November. Nachdem der Versuch des Reichstagsabgeordneten von Kardorf, ein Kabinett der bürgerlichen Parteien zu bilden, gescheitert ist, hat der Reichspräsident im Laufe des Sonntags mit dem Minister Dr. Jäger, Dr. Brauns und Dr. Geiser die Frage der Kabinettsbildung besprochen. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß zurzeit die Bildung einer Koalitionsregierung keine Aussicht auf Erfolg bietet. Der Reichspräsident hat deshalb am Nachmittag an den früheren Reichsminister Albert folgendes Schreiben gerichtet:

„Meine bisherigen Erörterungen über die Kabinettsbildung haben ergeben, daß es zurzeit nicht möglich ist, eine Koalitionsregierung auf parlamentarischer Grundlage zu bilden. Die Lage Deutschlands ist aber in jeder Hinsicht für die Bildung einer Regierung ungünstig. Ich sehe nur die eine Möglichkeit, eine Regierung bewährter Männer zu bilden, die entschlossen sind, die Fortschrittlichkeit von parlamentarischer Parteipolitik abzulehnen und ihre ganze Kraft für die Lebensnotwendigkeiten unseres Landes einzusetzen. In dieser schweren Stunde appelliere ich nochmals dringend an Ihre patriotischen Pflichten, Ihre mir gegenüber und um mir ermöglichten Bedenken zurückzusetzen und die Bildung einer solchen Regierung zu übernehmen. Für eine ungeschwundene Erklärung wäre ich Ihnen sehr verbunden.“

Anschließend hatte der Reichspräsident eine Besprechung mit dem Minister Dr. Albert, in deren Verlauf Albert den Auftrag zur Kabinettsbildung übernahm. Minister A. D. Albert wurde am 12. Februar 1924 in Magdeburg geboren. Er studierte die Rechte, 1910 war er deutscher Reichskommissar auf der Weisauer Weltausstellung, 1914 bis 1917 leitete er die Sonderausgaben in den Vereinigten Staaten von Amerika. Von 1917 bis 1918 leitete er die Verwaltung der Reichsanstalt für den öffentlichen Gesundheitsdienst, 1918/19 war er Mitglied des Reichsausschusses für freiwillige Heeresgüter, 1919 wurde Albert Unterrichtsminister und 1920 Staatsminister in der Reichsregierung, danach Reichsfinanzminister im Kabinett Cuno.

Aussichten der Kandidatur Albert.

Die Haltung der politischen Parteien.
Herr Ebert kann nun Glück haben, daß er wenigstens noch jemand gefunden hat, der deutscher Reichsminister werden will, nachdem er in einer Aufstellung seiner Genossenliste Herr Stresemann die Führung des Reichstags übernommen hat. Die Deutschnationalen, die sich nach dem Reichspräsidenten durch ein unparlamentarisches Kabinett regieren zu lassen, hatte Ebert Rot und Blau, einen Kanzlerkandidaten in langen 48 Stunden zu finden, lo hat dieser noch mehr Schwierigkeiten zu überwinden, um sich für ein Kabinett die Minister zu suchen. Wenn tauglich sein sollten, aber bis heute mittag in Halle und Halle auf: Geiser, Brauns und Graf König sollen bleiben. Innenminister Josef v. Kardorf werden, Außenminister Graf v. Helldorf, Reichsminister in Wostau, Finanzminister der Genosse Günter. Auch der Name Noack kommt aus der Vorstellung hervor und noch andere werden genannt, lo z. B. Stresemann, der sich aber hätte bitten, als Angehöriger eines Kabinetts zu prüfen, denn der Keim der Unfähigkeit bei seiner Geburt eingeimpft wurde.

Rechtzeitig sind die Schwierigkeiten, die unsere erlauchten und ergründeten Reichstagsparteiern dem neuen Kabinett machen werden, falls er überhaupt dem Präsidenten ein Kabinett präsentieren kann. Alle hatten sich bisher zurück und lassen erst mal wieder sichtbar. Herr Stresemann, das Zentrum und die sich schon vorbereiten gegen eine Kandidatur Albert festgelegt. In der Deutschen Volkspartei wollte man ein Kabinett mit noch rechts

erweiterten bürgerlichen Koalition. Auch die Deutschnationalen dürften denselben Weg für den einzig parlamentarisch möglichen halten, und die Sozialdemokratie legt gar nichts, sondern freut sich, zunächst mal heiligh, um die Reichstagsaufhebung herbeigeführt zu sein, an dem Witzmar, den sie anrichtet hat. Reichsminister und Staatsrat oder Verfassung eines geordneten, freilichlichen, sozialen Staatswesens unter Entscheidung dem Einfluss der Sozialdemokratischen Partei, lo ist die Frage unerbittlich gestellt, schreibt der „Vorwärts“, wobei es darauf ankommt aus dem Unfuss dieser festlichen Parteigruppen die Kabinetts zu ziehen. Und die geht dahin, daß auch nach Ansicht des „Vorwärts“ wir jetzt auf der Höhe des Kampfes zwischen der internationalen sozialistischen und der nationalen bürgerlichen Seite ankommen sind, dem Kampf, den die Sozialdemokratie selbst entfacht hat. Wenn unsere Reichstagsparteiern nach Ihren haben zu hören, dann möchten sie eigentlich wissen, was sie zu tun haben.

Auch Herr Albert wird es merken, wie dünnhäutig es ist im Deutschen Reich zu regieren. Hat er die ersten beiden Klippen glücklich umschifft, dann kommt die dritte: Wie will er regieren? Auch da reden die Parteien mit, am meisten die Sozialdemokratie, die eine neue Idee vorbringt vor ihren Erziehungsklassen erachtet. Am höchsten ist die letzte und entscheidende, das Regierungsprogramm vor dem Reichstag und die Verfassungserklärung. Herr Ebert soll sich entschließen, falls sein neuester Kanzler bei dieser letzten Prüfung bereitgestellt, dem Reichstag aufzuführen. Damit kann er vielleicht die Sozialdemokratie in die Anziehung führen. Wir hoffen aber, daß bei den anderen Parteien die Angst vor der Reichstagsaufhebung und die Scheu vor Verwirrung nicht so groß sind wie die Anziehung gegen die höhere Regierung Albert, und daß für den Kanzlerkandidaten die Platonvollmacht Eberts zur Reichstagsaufhebung eine conditio sine qua non keines Regierens ist.

Eine vorläufige Ministerliste.

v. Seekt Reichswehrminister?

Berlin, 26. November, 2 Uhr nachmittags. (Eigene Drahtmeldung.) Soweit bis zur Stunde über die vorläufige Zusammenstellung des Kabinetts gerüchtelt werden kann, dürfte es folgende sein:

Reichsarbeitsminister Brauns, Ernährungsminister Graf Kanitz und Finanzminister Dr. Kauter in das Kabinett Albert aus dem Kabinett Stresemann übernommen werden.

Auch für das Innenministerium, für das v. Kardorf genannt wurde, ist ein Verleihen Dr. Jäger wahrscheinlich. Ebenso ist es möglich, daß Wolf und Eisenbach in den Händen der bisherigen Inhaber Dr. Bölle und Decker verbleiben, obwohl das noch nicht sicher ist. Zweifelsfrei ist im Augenblick besonders die Werbung des Reichswehrministeriums und des Auswärtigen Amtes. Für beide scheint eine interimistische Lösung, vielleicht auch eine Verlängerung des bisherigen Zustandes, bei dem der Staatssekretär Freiherr v. Walsby die Leitung behält, ins Auge gefasst, während bei einem etwaigen Ausscheiden Geisers die Ernennung des derzeitigen Oberbefehlshabers Generals v. Seekt zum Reichswehrminister für möglich gehalten wird.

Französische Provocationspläne in Bayern?

München, 26. November. (Eigene Drahtmeldung.) Am 1. Dezember wird im Auftrag der französischen Regierung General Jolles die Militärkontrolle in Deutschland wieder aufnehmen. Wie aus guten Quellen bestimmt mitgeteilt wird, ist geplant, vor allem in Bayern in aufrechter Form die Tätigkeit aufzunehmen in der Erwartung, daß die Bevölkerung sich zu gewalttätigem Widerstand bringen lasse. Es sieht sich, daß sich eine Anzahl französischer Offiziere bereit erklärt haben, die mit der Provocation verbundenen Gefahren auf sich zu nehmen, um Frankreich einen Vorwand für eine Strafexpedition zu schaffen. Es würden Wege gesucht werden müssen, um den geplanten Provocationen in wirksamer Art zu begegnen, ohne daß die Franzosen ihre Abfichten erreichen.

Diese Münchener Meldung kennzeichnet auf jeden Fall das Gefahrenrisiko, das die Ausübung der Militärkontrolle in Bayern mit sich bringen könnte.

Bonn, 26. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der diplomatische Vertreter der „Kerner“ schreibt, es werde erwartet, daß die internationalisierte Militärkontrolle noch im Laufe dieser Woche in Berlin zusammengetreten werde.

Wegen Verteidigung des Reiches verurteilt.

Aus der Pflanz, 25. November. Von dem Militärgericht in Kallersleben wurden insgesamt 63 Personen, die in Abwehrkampf gegen die Separatisten standen, zu Gefängnisstrafen von mindestens einem Monat verurteilt. In Sachsen wurden 9 Personen von den Franzosen wegen Vergehens gegen die Separatisten verurteilt und zu 30 bis 40 Tagen Gefängnis verurteilt. In Pommern wurden 8 Personen von den Franzosen verurteilt.

Udenau, 25. November. Hier haben die Separatisten das Rathaus heute morgen geräumt.

Italienische Teilnahme an den Ruhrverhandlungen.

Rom, 26. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die italienische Regierung überreichte eine Note an Quai d'Orsay, worin sie eine direkte Teilnahme an den kommenden Ruhrverhandlungen und dem Ruhrabkommen fordert. Folgernd laute zu, daß Italien an den künftigen Ruhrverhandlungen teilnehmen und außerdem 15 Prozent der deutschen Kohlenlieferungen erhalten solle, statt der 500 vereinbarten 15 Prozent.

Der Industrievertrag.

Die Belassung der rheinisch-westfälischen Industrie.

Man muß sich über die Lage klar sein, in der es zu dem unten kurz wiedergegebenen Vertragsabschluss gekommen ist. Am 25. November läuft der Termin ab, bis zu dem die Ruhrtribüne seitens der deutschen Regierung laufen. Die Franzosen hätten sich also danach in der übigen Lage befinden, die Sorge für die Ernährung des gesamten Ruhrgebietes zu übernehmen. Andererseits bringt jeder Tag, an dem im Ruhrgebiet nicht gearbeitet wird, den Werken großen Schaden, die Arbeitslosenfrage und die Anzahl der Kurzarbeiter wächst immer mehr, die Arbeitslosigkeit sinkt immer tiefer. Offenbar bestand auf beiden Seiten der Wille, zu einem Abkommen zu gelangen. Daß ein solches Abkommen für uns schwere Folgen mit sich bringen würde, war zu erwarten; daß aber die in dem Vertrag enthaltenen Bestimmungen teilweise so scharf sein würden, konnte man kaum annehmen. Die Verpflichtungen, die der Ruhrtribüne aus dem geschlossenen Mantelvertrag erwachsen, sind für sie so belastend, daß der deutsche Unternehmer des Vertrages, der Generaldirektor Dr. Köpfer, vor Herzog seiner Unterfertigung die Erklärung abgab, daß die Bedingungen der Unterzeichnungskommission nur sehr schwer zu erfüllen seien, und daß die Unterzeichnung des Abkommens nur deshalb gescheit, um noch größeren Schaden abzuwenden.

Solche Befürchtungen sind die Verpflichtungen der Industrie hinsichtlich der Produkte der metallurgischen Industrie. Es ist zwar aus den bisherigen Meldungen noch nicht genau ersichtlich, ob die Ausfuhr der Metallprodukte von der Zahlung der Kohlensteuer abhängig ist; wäre dem aber so, lo würden die vorhandenen Vorräte nicht einmal eine Basis für Lombardkredite abgeben; damit benötigt die Ruhrtribüne Kredite in großem Umfang. Dasselbe ist bisher auch noch der Punkt, der die Verrechnung der Kohlenlieferungen betrifft. Solche aber scheint uns eine Vertragsbedingung der Erfüllung zu bedürfen, wonach die Franzosen bereit sind, künftiges Material der einheimischen Werke anzufordern. Ungültig wird man erst über den Vertrag urteilen können, wenn man seinen authentischen Wortlaut kennt. Auch das vor der Regierung angebotene Verbleib über die Verhandlungen dürfte Klarheit bringen. Vorläufig ist nur festzustellen, daß die französische Presse über den Vertragsabschluss ihre höchste Zufriedenheit ausdrückt. Wir müssen aber erwidern, ob dieser selbst berechtigt ist; denn der nennungs unterzeichnete Vertrag heißt lediglich ein Mantelabkommen dar, das Nichtigen enthält; die eigentlichen Schwierigkeiten dürften sich dabei erst bei den nennungs eingehenden Verhandlungen zwischen der Internationalen Kontrollkommission und dem einzelnen Werken ergeben. Und zum Schluß wird die Praxis das letzte Wort zu sprechen haben.

Paris, 25. November. Ueber den Inhalt des Abkommens mit der Ruhr machen die Pariser Morgenblätter folgende Mitteilungen: Das Abkommen bleibt bis zum 15. April 1924 in Geltung. Es umfaßt die folgenden sechs Hauptpunkte:

1. Die Bergwerke, die durch deutsche Delegierte dieses Abkommens unterzeichnet werden, werden für die rückständige Kohlensteuer in der Zeit vom 1. Januar bis 1. November 1924 15 Millionen Dollar, d. h. 270 Millionen Franken zum Tageskurs bezahlen.
2. Die Industrie wird für jede verkaufte Tonne Kohlen 10 Franken bezahlen.
3. Die Zahl der Kohlenproduktion werden 18 Prozent an die Entente abgetreten.
4. Die im Ruhrgebiet am 1. Oktober vorhandenen Kohlenvorräte bleiben Eigentum der Mineen.
5. Ausfuhrerzeugnisse müssen nach wie vor angefordert werden. Die Ausfuhr metallurgischer Produkte kann erst nach Zahlung der rückständigen Kohlensteuer erfolgen und muß sich in derselben Höhe bewegen wie im Jahre 1922.
6. Die Lieferung der Kohlenenergieprodukte, wie Ammoniaksalz, Benzol, Zee, wird Gegenstand besonderer Abkommen bleiben.

Dem Hauptabkommen sind mehrere Anhänge beigefügt, die die rein technischen Fragen behandeln, wie die Fragen, welche Qualitäten aus Reparationszwecken geliefert werden sollen und welche Straßen in Kraft treten, falls das Abkommen nicht geschlossen wird. Nach Meldungen aus dem Ruhrgebiet erwartet man dort, daß das nennungs innerhalb von sechs bis acht Wochen die Wiederannahme der Arbeit vor sich gehen wird.

Berlin, 25. November. Inhaltlich wird gemeldet: Der Vorlauf des gestern Abend in Düsseldorf abgeschlossenen Abkommens liegt in Berlin noch nicht vor. Es kann daher im einzelnen noch nicht zuverlässig nachgeprüft werden, ob die über den Inhalt des Abkommens verbreiteten nichtamtlichen Meldungen vollständig zutreffen. Nach dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen können sie im ganzen als zutreffend angenommen werden. Alles in allem ist es ein für die deutsche Wirtschaft, und die Unternehmungen höchst ungünstiges Abkommen. Wenn das Abkommen trotzdem von den Kohlenbesitzern angenommen worden ist, und die Reichsregierung der Unterzeichnung dieses Abkommens nicht widerprochen hat, lo liegt der Grund dafür darin, daß ohne eine Verständigung mit den Belagerten Werken in dem Ruhrgebiet die Unterzeichnung der Weltkraft der belagerten Gebiete und für die Verhütung der anderwärts drohenden katastrophalen Gefahren für die Bevölkerung nicht eröffnet werden könnten. Die schweren Opfer für das ganze Reich und die einzelnen Unternehmungen, die in diesem Abkommen liegen, mußten unter dem unerbittlichen Druck der Belagerten Werkschlagung begehrt werden, um nach Schlimmerem von den belagerten Gebieten abzuwenden. Bekanntlich drohte der Abbruch des Abkommens im letzten Augenblick noch daran zu scheitern, daß Frankreich die Leistungen der Kohlenbesitzer nicht auf Reparationskonten, sondern für die Deckung der Kohlenlieferungen verwenden wollte. Die Belagerten Werkschlagungen haben sich schließlich dem doch nicht widersetzen können, daß die Kohlenlieferungen auf Reparationskonten gutgebracht werden, da die

